



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Christiane Feichtmeier, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Florian von Brunn, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

### **Neue Chancen für die bayerisch-ungarischen Beziehungen nach der Abwahl von Viktor Orbán nutzen – klare europäische Haltung statt Nähe zu autoritären Tendenzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass

- die Abwahl von Viktor Orbán einen politischen Wendepunkt in Ungarn markiert und neue Chancen für eine Vertiefung der bayerisch-ungarischen Beziehungen eröffnet.
- Bayern und Ungarn durch vielfältige wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Beziehungen eng miteinander verbunden sind. Diese Partnerschaft soll künftig auf der Grundlage gemeinsamer europäischer Werte, insbesondere von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Grundrechte, weiterentwickelt werden.

Der Landtag bekräftigt die zentrale Bedeutung der Einhaltung der Werte des Vertrags über die Europäische Union, insbesondere im Hinblick auf Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit.

Der Landtag stellt zugleich kritisch fest, dass die CSU-geführte Staatsregierung über viele Jahre hinweg eine demonstrative politische Nähe zur Regierung Orbán gepflegt hat. Diese Haltung steht im Widerspruch zu dem Anspruch, konsequent für europäische Werte und demokratische Standards einzutreten.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf,

- die bayerisch-ungarischen Beziehungen aktiv neu auszurichten und den politischen Dialog mit der neuen ungarischen Regierung auf Grundlage gemeinsamer europäischer Werte zu intensivieren,
- Programme zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Zivilgesellschaft, Wissenschafts- und Kulturaustausch mit Ungarn auszubauen,
- bestehende wirtschaftliche Kooperationen zu stärken und zugleich auf die Einhaltung sozialer und rechtsstaatlicher Standards zu achten,
- sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine konsequente Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten einzusetzen,
- künftig eine klare und wertegeleitete Außen- und Europapolitik zu verfolgen und eine kritiklose politische Nähe zu Regierungen mit autoritären Tendenzen zu vermeiden.

**Begründung:**

Der Landtag unterstreicht, dass der politische Umbruch in Ungarn auch Anlass zur Selbstreflexion in Bayern sein muss. Die langjährige demonstrative Unterstützung des Kurses von Viktor Orbán durch die CSU-geführte Staatsregierung hat dem internationalen Ansehen Bayerns geschadet.

Eine glaubwürdige Europapolitik erfordert es, demokratische Rückschritte frühzeitig zu benennen und ihnen entschieden entgegenzutreten. Der Landtag begrüßt daher die Chance auf einen Neuanfang und fordert eine klare, wertebasierte politische Ausrichtung. Die neue politische Lage in Ungarn eröffnet die Möglichkeit, die bilateralen Beziehungen auf eine neue tragfähige Grundlage zu stellen. Gleichzeitig zeigt die Entwicklung, wie wichtig eine konsistente und glaubwürdige Haltung gegenüber Verstößen gegen europäische Grundwerte ist.

Die Partnerschaft zwischen Bayern und Ungarn gilt es im Sinne eines geeinten, demokratischen Europas neu zu stärken und zugleich politische Fehlentwicklungen der Vergangenheit klar zu benennen.